N i e d e r s c h r i f t

über die 13. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 08.03.2022

Sitzungsraum:	Bremerhaven, Raum Fischbahnhof, Fischbahnhof
Beginn:	16:00 Uhr
Ende:	17:12 Uhr

Teilnehmer/innen:

Oberbürgermeister
Herr Oberbürgermeister Grantz

Vertreter der CDU
Herr Stadtverordneter Ventzke — Vertretung für H. Raschen

SPD
Frau Stadtverordnete Böttger-Türk
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Kurutlu

CDU
Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok

B 90 / DIE GRÜNEN
Herr Stadtverordneter Kaminiarz
Herr Stadtverordneter Labetzke

BIW
Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

DIE LINKE
Frau Stadtverordnete Schröder

FDP
Herr Stadtverordneter Freemann

AfD
Herr Stadtverordneter Jürgewitz, MdBB

parteilos
Herr Stadtverordneter Niedermeier

Ferner anwesend:

Direktor Ortspolizeibehörde:	Herr Götze
Bürger- und Ordnungsamt:	Herr Herbrig
Feuerwehr:	Herr Cordes

ENTWURF

Frau Adomeit	Amt 11
Herr Albrecht	Amt 37
Herr Gehrke	Nordsee-Zeitung
Herr Goldstein	Amt 90/3
Herr Kuzmic	Amt 90
Herr Markel	Amt 37
Herr Müller	Leiter Amt 93
Herr Ortgies	Leiter Amt 90
Herr Postels	Amt 37
Herr Scheer	Amt 90/3
Herr Seedorf	Leiter Amt 94
Herr Siebert	Amt 94
Frau Stelljes	Seniorenbeirat
Herr Tiedemann	Amt 93
Herr Wall	PR OPB

Schriftführung

Frau Mahlstedt

Frau Schnoor

Herr Grantz eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung. Es gibt keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche der Tagesordnung.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 12. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 **I 2/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt mit einer Enthaltung die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

2.2. Terminänderung der Ausschusssitzung öffentliche Sicherheit im Dezember 2022 **I 1/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

2.3. Beantwortung der Anfrage der Fraktion BIW zum Missbrauch von Notrufen und Nothilfeeinrichtungen **I 28/2022**

Herr Timke bedankt sich für die umfangreiche Beantwortung der Anfrage. Folgende Rückfragen ergeben sich für ihn aus der Beantwortung. Zunächst möchte Herr Timke deutlich machen, dass die Beantwortung gezeigt hat, dass die Zahl der missbräuchlichen Verwendung von Notrufeinrichtungen offenbar steigt. 2020 gab es 12 registrierte Straftaten, 2021 22. Bis zum 15.02.2022 ergeben sich in diesem Jahr bereits 5 Straftaten. Es ist zu erwarten, dass bis zu 29 Taten in 2022 zu Buche schlagen, wenn sich dieser Trend so fortsetzt.

ENTWURF

Die Kosten eines Einsatzes mit einem Löschzug betragen etwa 450 €. Dieses wird durch Herrn Grantz bestätigt.

Herr Timke fragt nach den eingenommenen Gebühren bei der Feuerwehr. Weiterhin gab es für die Jahre 2020 und 2021 zusammen 13 Tatverdächtige/Beschuldigte, jedoch sind in nur 4 Fällen die Kosten in Rechnung gestellt worden.

Herr Götze erklärt die Diskrepanz damit, dass noch nicht alle Verfahren abgeschlossen sind bzw. einige Fälle von der Staatsanwaltschaft eingestellt wurden. Herr Cordes teilt zu den Gebühren bei der Feuerwehr mit, dass es in dem genannten Zeitraum tatsächlich keine entsprechenden Verurteilungen gab.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3. Sachstandsbericht

3.1. Sachstandbericht gem. § 49 Abs. 2 GOStVV I 12/2022

Herr Grantz führt aus, dass übersehen wurde, zwei Anträge der Koalitionsparteien aufzunehmen. Dieses wird umgehend nachgeholt.

Herr Labetzke hat eine Nachfrage zum Sachstandsbericht. Und zwar heißt es unter I 38/2020 zu einem Antrag der SPD-CDU- und FDP-Fraktion zum Thema Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 in der Straße Am Lunedeich zwischen der Kreuzung Neufundlandstraße und der Einfahrt zur Straße Fladengrund. Hier soll dem Ausschuss Anfang 2022 ein Bericht vorgelegt werden. Ist der in Arbeit?

Herr Grantz teilt mit, dass dieser Bericht in Arbeit ist und zur nächsten Sitzung vorgelegt wird.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Bereich Feuerwehr

4.1. Bericht zu Patientenzuweisungen im Rettungsdienst I 5/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zu den Patientenzuweisungen zur Kenntnis.

4.2. Bericht zur Gewalt im Rettungsdienst I 8/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.3. Neufassung des Vertrages zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) und der Stadt Bremerhaven über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Rettungsdienst im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven (sog. „Hafenvertrag“) I 11/2022

Herr Grantz teilt mit, dass der Senat diese Vorlage bereits beschlossen hat, der Magistrat wird in seiner morgigen Sitzung damit befasst.
Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt einstimmig der anliegenden Neufassung des Hafenvertrages zu und bittet den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

ENTWURF

4.4. Sachstandsbericht **I 16/2022**
Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf

Herr Cordes teilt mit, dass die Angebote der verschiedenen Gewerke derzeit eingeholt werden. Im Verlauf des März wird es eine abschließende Kostenkalkulation mit belegbaren Angeboten geben.
Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.5. Ersatzbeschaffung Drehleitern mit Korb und Gelenkteil (DLK) und Abrollbehälter CBRN Umweltschutz **I 17/2022**

Die sofortige Beschaffung von zwei Drehleitern mit Korb und Gelenkteil sowie des Abrollbehälters CBRN Umweltschutz ist erforderlich und wird vom Ausschuss für öffentliche Sicherheit anerkannt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt einstimmig gemäß den Richtlinien für das Verfahren bei Ausschreibungen und Vergabe bei der Feuerwehr Bremerhaven die o. g. notwendigen Beschaffungen, und bittet die Feuerwehr, die Beschaffungsmaßnahmen im Rahmen der geltenden rechtlichen Vorgaben zeitnah einzuleiten.

4.6. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen **I 18/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

4.7. Letter of Intent zur anteiligen Finanzierung der Feuer- und Rettungswache Überseehafen durch die Senatorin für Wissenschaft und Häfen **I 26/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Entwurf des Letter of Intent zur Kenntnis.

5. Anträge

5.1. Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema "Brandschau im Land Bremen" **I 27/2022**

Herr Hoffmann führt aus, dass 15 von 16 Bundesländern eine Brandschau in besonderen Objekten als zu wiederholende regelmäßige Aufgabe gesetzlich vorgeben. Bereits 2016 wurde im AÖS der Antrag zur Aufnahme der Brandschau im Bremischen Hilfeleistungsgesetz einstimmig beschlossen. Der Senator für Inneres sicherte nach Gesprächen eine Umsetzung bereits 2018 zu, diese sollte zu Anfang der aktuellen Legislaturperiode in Bremen eingeführt werden. Diese Zusage liegt auch schriftlich vor. Nach aktueller Kenntnis ist nun zwar eine Umsetzung zum 01.01.2023 avisiert, aufgrund der bisherigen Verzögerungen soll der aktuelle Antrag aber nochmals den politischen Willen Bremerhavens zur Einführung unterstreichen, vor dem Hintergrund des Ziels der Sicherstellung des Schutzgutes des menschlichen Lebens.

Herr Grantz erläutert, dass sich ein entsprechender Gesetzentwurf im Beteiligungsverfahren befindet. Nach Rücksprache mit politischen Vertretern der Regierungsfraktionen in Bremen wird die Einführung auch von deren Seite unterstützt. Er geht von einer In-Kraft-Setzung des Gesetzes zum 1. Januar 2023 aus.
Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem in der Anlage beigefügten Antrag einstimmig zu.

ENTWURF

6. Bereich Katastrophenschutz

6.1. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz — I 23/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

6.2. Machbarkeitsstudie „Konzept zur Warnung und Information der Bevölkerung für die Stadt Bremerhaven und das stadtbremische Überseehafengebiet“ — I 24/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die Machbarkeitsstudie zur Kenntnis.

6.3. Maßnahmenplanung Afrikanische Schweinepest — I 25/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die Maßnahmenplanung zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

Herr Grantz führt aus, dass die Feuerwehr bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms stark eingebunden ist. In Bremerhaven sind bis jetzt etwas über 200 Ukrainer:innen angekommen, aktuell ist eine Zahl von 800 Flüchtlingen für Bremerhaven prognostiziert. Herr Grantz geht davon aus, dass diese Zahl sehr schnell viel höher sein wird. Derzeit wird ämterübergreifend alles Notwendige für die Unterbringung organisiert, die Feuerwehr und die Hilfsorganisationen richten u. a. Turnhallen und andere größere Massenunterkünfte her. Parallel werden Ferienwohnungen und freie Wohnungen angemietet.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

8. Bereich Polizei

8.1. Bericht zur Einbruchskriminalität — I 13/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

8.2. Bericht zu Gewalt gegen Polizeibeamte — I 14/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

8.3. Beantwortung der Anfrage des Stadtverordneten Jürgewitz zur Einordnung von "E-Scootern" — I 4/2022

Herr Jürgewitz fragt nach, was das Ordnungsamt und die Polizei gegen E-Scooter, die rechtswidrig in Fußgängerzonen oder auf Gehwegen fahren, unternimmt. Handelt es sich um eine Ordnungswidrigkeit und wird es mit Bußgeldern verfolgt und wie viele Fälle hat es schon gegeben?

Herr Götze erklärt, dass bei bekannt werdenden Fällen im Einsatzdienst diese verfolgt und Verwarnungen ausgestellt bzw. Anzeigen geschrieben werden. Eine genaue Anzahl der Fälle kann nicht genannt werden.

Herr Jürgewitz bittet, diese Angabe für die nächste Sitzung darzulegen.

ENTWURF

Herr Götze teilt weiter mit, dass es 2020 insgesamt 7 Verkehrsunfälle mit E-Scootern gab. 2021 waren es 16 Unfälle. Im Jahr 2020 gab es 3 Verletzte und 2021 gab es 11 Verletzte.

Herr Jürgewitz fragt nach, ob die Scooterfahrer oder eher andere Verkehrsteilnehmer Schuld an den Unfällen waren.

Diese Angabe kann nur nach Auswertung der Verkehrsunfallstatistik erfolgen.

Herr Jürgewitz bittet, diese Angaben ebenfalls für die nächste Sitzung nachzureichen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

8.4. Bericht zum polizeilichen Einsatzaufkommen zum Jahreswechsel 2021/2022 **I 19/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

8.5. Bericht zu den Gaststättenschließungen über die Weihnachtsfeiertage durch den Polizeivollzugsdienst **I 15/2022**

Herr Grantz teilt mit, dass es noch Gespräche mit den Verantwortlichen und den Vertretern der Gaststättenwirte geben wird.

Herr Ventzke bat für die Zukunft, dass zeitiger Regelungen getroffen werden, damit sich alle Beteiligten darauf einstellen können.

Herr Grantz betonte, dass der Senat die Verordnung erlassen hat und es sich um Auslegungstatbestände gehandelt habe.

Herr Labetzke findet es unglücklich, dass der Klageweg beschritten wird und lässt nachfragen, ob dieses noch verhindert werden kann und ob man sich anderweitig einigen kann.

Herr Timke beklagt, dass die Verordnungen in Bremen und Bremerhaven unterschiedlich angewandt wurden. Es ist jedoch erfreulich, dass man nochmal auf die Gastronome zugehen will und die Klage dadurch evtl. abgewendet werden kann. Die Sache ist lt. Vorlage an das Rechtsamt abgegeben worden und Herr Timke hätte gerne die Einschätzung des Rechtsamtes gewusst. Herr Grantz kann nichts über die Einschätzung des Rechtsamtes sagen und erklärt, dass es Gespräche mit dem Ziel der Einigung mit den Betreibern geben soll.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

8.6. Freigabe der Verpflichtungsermächtigung zur Errichtung des Neubaus "Polizeirevier Geestemünde" **I 6/2022**

Herr Labetzke möchte nochmals wissen, wie es mit der Klimabilanz aussieht. Wird das neue Gebäude nach dem Passivhausstandard gebaut?

Herr Grantz teilt mit, dass die Stäwog selbstverständlich alle Bauvorschriften einhalten wird.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt einstimmig, dass die bei der Haushaltsstelle 6110/891 01 „PPP-Finanzierung Polizeirevier Geestemünde“ veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 42.380.000 € gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 3 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2022 zwecks Vergabe des Auftrages zur Errichtung des Neubaus Polizeirevier Geestemünde freigegeben wird.

Die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigungen erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2024 mit einer jährlichen Rate in Höhe von 1.412.660 €.

8.7. Bericht zu Versammlungen und Aufzügen mit Coronabezug **I 20/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

8.8. Bericht zu den "Vorkommnissen in der Lessingstraße in Bremerhaven" **I 21/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

8.9. Modernisierungsprozess (Vortrag)

Herr Kuzmic trägt eine Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll beigefügt.

8.10. Personalmehrbedarf der Abteilung Statistik und Wahlen beim Bürger- und Ordnungsamt **I 9/2022**

Herr Timke lässt nachfragen, ob die bis zum 31.12.2021 befristeten zusätzlichen drei Stellen für die letzte Bundestagswahl, die in der Februarsitzung 2021 des Personal- und Organisationsausschusses genehmigt wurden, ausgelaufen sind, oder ob die Personen dort noch sitzen. Diese Stellen waren geringer vergütet. Warum wird für die neue Stelle nicht die gleiche Besoldungsgruppe angesetzt?

Herr Herbrig teilt mit, dass die Befristung aufgelaufen ist und die Kollegen und Kolleginnen wieder in anderen Bereich der Verwaltung eingesetzt werden. Die neue Stelle beinhaltet höherwertigere Tätigkeiten und erhält daher aus dem Tarifrecht eine höhere Entgeltgruppe.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt mit einer Gegenstimme, vorbehaltlich des Beschlusses des Personal- und Organisationsausschusses in seiner Sitzung am 16. März 2022, die Anerkennung eines anerkannten Bedarfs einer Vollzeitstelle (Entgeltgruppe 9c TVöD Entgeltordnung/VKA//Besoldungsgruppe A 10 BremBesO) für die Abteilung Statistik und Wahlen des Bürger- und Ordnungsamtes.

Zum Stellenplan 2024/2025 ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

8.11. Änderung der Sondernutzungsgebührenordnung für Maßnahmen nach dem Bremischen Landesstraßengesetz **I 10/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt mit einer Gegenstimme die Änderung der im Entwurf beigefügten Sondernutzungsgebührenordnung und bittet den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung um gleichlautende Beschlüsse.

8.12. Einrichtung einer Fahrradstraße im Bereich der Innenstadt **I 22/2022**

Herr Labetzke hält es für unglücklich, dass man auf einer Fahrradstraße viermal abbiegen muss. Da es immer noch kein Verkehrskonzept gibt, ist nicht ersichtlich, wie die Anbindung vor und hinter der Fahrradstraße verlaufen soll.

Herr Freemann teilt mit, dass der ADFC voll eingebunden war und sogar die Verschwenkung vorgeschlagen hat. Ebenso ist eine Fahrradstraße an bestimmte Bedingungen geknüpft.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit spricht sich mit einer Gegenstimme für die Einrichtung der unter B Lösung genannten Fahrradstraße aus und bittet den Bau- und Umweltausschuss um Fortsetzung des Planungs- und Umsetzungsprozesses.

9. Anträge

9.1. Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema "Kündigung Nutzungsvertrag des Wochenmarktes" I 7/2022

Herr Ventzke führt zu dem Antrag aus, dass vor ein paar Jahren ein Konzept vom Grußmarkt Bremen vorgestellt wurde, wie man die Wochenmärkte attraktiver machen kann. Seitdem ist nichts mehr passiert. Die Marktbetreiber beschweren sich darüber. Wenn man den Vertrag jetzt kündigen würde, hätte man 1 ½ Jahre Zeit, um etwas Neues zu entwickeln.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt einstimmig den Nutzungsvertrag über die Durchführung der Wochenmärkte zwischen der Stadt Bremerhaven und dem Großmarkt (M3B GmbH) zu kündigen und bittet den Magistrat um entsprechende, fristgerechte Umsetzung.

9.2. Antrag der Fraktion Bürger in Wut zum Thema "Erfassung und Veröffentlichung einer Statistik zu Übergriffen auf Mitarbeiter/innen des Außendienstes des Bürger- und Ordnungsamtes" I 29/2022

Herr Timke führt zum Antrag aus, dass im Ausschuss für öffentliche Sicherheit Standartberichte über Gewalt im Rettungsdienst sowie über Gewalt gegen Polizeibeamte vorgestellt werden. In diesem Fokus werden Gewalttaten gegenüber dem Außendienst des Bürger- und Ordnungsamtes außer Acht gelassen. Es werden keine Registrierungen über Verbalattacken oder Bedrohungen geführt. Ohne die Führung einer Statistik kann nicht über die Verbesserung der Ausstattung oder anderer Änderungs- bzw. Verbesserungsmöglichkeiten entschieden werden.

Frau Kirschstein-Klingner befürwortet den Antrag.

Herr Labetzke findet die zusätzliche Statistik für zu kleinteilig, weil dann in ganz vielen anderen Bereichen ebenfalls Statistiken geführt werden müssten, was nicht zielführend ist.

Herr Grantz lässt über die Zustimmung des Antrages abstimmen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt mit drei Gegenstimmen und einer Enthaltung dem Antrag zu.

10. Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

Herr Grantz schließt um 17:12 Uhr die Sitzung des öffentlichen Teils.

Vorsitzender

gez. Grantz
Oberbürgermeister

Schriftführerin Bereich Polizei

gez. Schnoor

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

gez. Mahlstedt

ENTWURF